

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden.
Raben & Comp., Nr. 1908.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abzugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 35,00 M., Einzelnummer 60 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25281.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbjährige Nonpareilzeile 4,00 M., Familienanzeigen 5,00 M., die dreimonatige Reklamezeile 15,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefverbreitung 60 Pf.

Nr. 5

Dresden, Freitag den 6. Januar 1922

33. Jahrg.

Das Projekt Lloyd Georges

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 6. Januar. Die Grundlage der gestrigen unterbündlichen Verhandlungen zwischen den Delegierten in Cannes war der Vorschlag Lloyd Georges zur Reparationsfrage. England ist der Ansicht, daß Deutschland nicht in der Lage ist, die Beträge, die im Januar und Februar fällig sind, voll zu bezahlen und deshalb eine Stundung beschlossen werden muß. Diese Stundung soll dadurch zum Ausdruck kommen, daß Deutschland im Laufe des Jahres 1922 nur eine Gesamtsumme von 600 Millionen an die Entente ausbezahlt, zahlbar in monatlichen Raten von 125 Millionen von jetzt an bis zum 15. April. Die Hälfte dieses Betrages soll nach den Plänen Lloyd Georges an Belgien fließen. England würde nahezu auf den ganzen Betrag von 600 Millionen verzichten, welche ihm zuzufallen, und sich mit 30 bis 40 Millionen zufrieden geben.

Italien, das 180 Millionen zuziehen, möchte nach dem Plane Englands gleichfalls große Opfer bringen. Das Abkommen von Neu-Cherbourg soll von England sofort angenommen und für die erste Periode von drei Jahren in Kraft treten, während Frankreich von Deutschland Sachlieferungen im Werte von mehr als 1250 Millionen Goldmark für 1922 und 1500 Millionen für 1923 und 1924 verlangt. Das Finanzabkommen vom 18. August würde zu Frankreichs Gunsten geändert, besonders in der Abschätzung der Steuergüter, deren Wert erst später durch die Reparationskommission in Rechnung gestellt würde.

Dieses Projekt Lloyd Georges soll sich ausschließlich auf die Zahlungsverpflichtungen im Jahre 1922 beziehen. Naturgemäß sind an diese Angelegenheiten weitgehende Bedingungen geknüpft, die vor allen Dingen eine Sanierung des deutschen Finanzwesens verlangen. Deswegen besteht der englische Plan auf eine Kontrolle des Reichsbank, eine Erhöhung der Post-, Telegrafien- und Eisenbahntarife sowie die Besteuerung der deutschen Rohle, die künftig zum Weltmarktpreis verkauft werden soll.

Merbilius

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 6. Januar. Der schwerkranke Ministerpräsident im Reichsamt Geheimes Rat hat die Erklärung abgegeben,

es sei ganz ausgeschlossen, daß ihm brieflich oder telephonisch die schweren Beschuldigungen zugegangen seien. Ebenso wenig habe er eine bereits veröffentlichte Besprechung mit dem Urheber des Briefes oder des Telefonsprächs wieder abgelehnt. Das Reichsfinanzministerium erklärt weiter, daß es bei den strengen Grundbedingungen in der Abteilung 3 ganz undenkbar sei, daß eine solche Besprechung, wenn sie einlaufe, nicht mit aller Energie weiter verfolgt würde. Die Ermittlungen nach den behaupteten unterirdischen Zusammenhängen sind sehr schwierig, weil seinerzeit bis zu 10 000 Personen von dieser Abteilung (Reichsrechnungsamt) beschäftigt worden waren und die Verbindung mit diesen Leuten erst wieder gesucht werden müsse.

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 6. Januar. Die Behauptung der Notizen, daß gegen den Staatskommissar Beismann und dessen Mitarbeiter ein Disziplinarverfahren schwebt, wird amtlich als vollständig unrichtig bezeichnet. Es könne sich höchstens um Klatschgeschichten handeln, die schon vor einem Jahre aufstanden.

Parlamentarische Besprechungen über die Steuerfragen

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 6. Januar. Die Besprechungen, die der Reichstag mit den Vertretern der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Demokraten in den letzten Tagen über die Steuerfragen geführt hat, werden fortgesetzt, und es wird morgen nachmittag eine neuerliche Beratung abgehalten werden. Gestern hat der Reichsfinanzminister Dr. Hermes eine Besprechung mit den Vertretern der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen gehabt. Bisher sind die Bemühungen für eine möglichst große Mehrheit für die Steuerentwürfe noch nicht erfolgreich gewesen. Die Haupt Schwierigkeit liegt in der Vermögensteuer. Die Demokraten sind bemüht, eine Einigung zwischen Sozialdemokratie und Deutscher Volkspartei herbeizuführen, auf deren Grundlage am nächsten Dienstag dann die beiden Steuerentwürfe ihre gemeinsamen Beratungen aufnehmen könnten.

Englische Ziele

Noch immer haben die englischen Staatsmänner, die auf eine Abänderung der Reparationsbestimmungen hinarbeiten, in der Öffentlichkeit nicht bekanntgegeben, welche Vorschläge sie für die Milderung der deutschen Wiedergutmachungsbedingungen machen wollen. Aber es ist sehr wahrscheinlich, daß die Nachrichten, die über die englischen Pläne durch die Presse verbreitet werden, den Tatsachen entsprechen oder mindestens nahekommen. Im Gegensatz zu Frankreich hat England heute nur noch ein verhältnismäßig geringes Interesse daran, von Deutschland Zahlungen zu erhalten. Viel wichtiger ist den englischen Staatsmännern das Ziel, eine Ordnung der wirtschaftlichen Beziehungen der Länder herbeizuführen, durch die die Zerrüttung der Weltwirtschaft beseitigt wird.

Hält die große Arbeitslosigkeit an, unter der England leidet, so sind die Verluste, die dadurch den englischen Volk entstehen, viel höher als die Summen, die England jemals aus den Reparationszahlungen Deutschlands erhalten kann. Außerdem muß die englische Regierung fürchten, daß sie in die schärfsten Konflikte mit ihrer Arbeiterchaft gerät, wenn sie sich nicht ernstlich bemüht, die Ursache der gegenwärtigen wirtschaftlichen Not zu beseitigen. Daher ist es ohne weiteres zu glauben, daß die englischen Staatsmänner bereit sind, die deutschen Reparationsleistungen zu ermäßigen, wobei sie natürlich hoffen, Deutschland wieder in höherem Grade für die Erzeugnisse Englands und seiner Kolonien laufkräftig zu machen. Bei der Abänderung der Reparationsbedingungen wollen sie aber vor allen Dingen auch erreichen, daß Deutschland nicht in dem Maße wie bisher auf dem Weltmarkt die englische Industrie unterbieten kann. Deshalb wollen sie an Deutschland Forderungen stellen, deren Erfüllung nach ihrer Meinung dazu führen wird, daß der deutsche Arbeiter nicht mehr so billig wie bisher arbeiten kann. Den Engländern liegt daran, daß die deutsche Valuta sich hebt oder wenigstens nicht mehr weiter sinkt. Sie sehen die Ursachen des Sinkens der deutschen Valuta in der starken Inanspruchnahme der Notenpresse durch die deutsche Regierung. Deswegen soll die deutsche Reichsbank daran gehindert werden, so wie bisher dem Deutschen Reich zur Deckung seiner Ausgaben beliebig Banknoten zur Verfügung zu stellen. Zweifellos trägt die Tatsache, daß wir immer wieder von neuem die Notenpresse in Anbruch nehmen, zur Verschlechterung unserer Valuta bei, wobei allerdings nicht außer acht gelassen werden darf, daß die Hauptursachen des schnellen Sinkens unserer Valuta in unserer ungünstigen Zahlungsbilanz und der fortwährenden Zunahme unserer ausländischen Verschuldungen zu suchen, und daß das starke Anschwellen unserer Notenflut zum großen Teil erst wieder die Folge des Valutasturzes ist.

Soll die Notenpresse in Deutschland stillgelegt werden, so ist es notwendig, daß der Haushalt Deutschlands in Ordnung gebracht wird. Nach den vorliegenden Mitteilungen verlangen die Engländer, daß Deutschland zur Ordnung seines Budgets innere Anleihen aufnimmt. Wenn tatsächlich große innere Anleihen in Deutschland aufgenommen kämen, so hätte das zur Folge, daß ein großer Teil des Papiergeldes, das heute in Verkehr ist, dem Reich wieder zufließt und der Papiergeldumlauf sich stark vermindert. Wahrscheinlich wäre das Reich gezwungen, eine Zwangsanleihe auszusprechen und die Folge wäre voraussichtlich, daß in unserm Wirtschaftsleben eine große Kapitalknappheit entstände, die nur überwunden werden könnte, wenn sich gleichzeitig unter ganzem Preisniveau senkte, so daß der Kapitalbedarf in Handel und Industrie geringer würde. Eine solche Senkung des Preisniveaus ist aber nur möglich, wenn gleichzeitig wieder die deutsche Valuta steigt und uns dadurch die aus dem Auslande eingeführten Waren verbilligt werden.

Da es der englischen Regierung vor allen Dingen darauf ankommt, daß der deutsche Arbeiter nicht mehr so billig arbeitet wie bisher, sollen die Zuschüsse abgebaut werden, die jetzt die Kosten der Lebenshaltung in Deutschland vermindern. Es soll, wie es in einer Zeitungsmeldung heißt, jede Unterstützungspolitik aufhören. Das die englische Regierung im einzelnen für Forderungen stellen wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Zuschüsse werden jetzt in Deutschland zur Verbilligung des Brotes noch gezahlt. Eine Aufhebung dieser Zuschüsse würde bedeuten, daß Brot überhaupt nicht mehr oder nur in ganz geringen Mengen auf Brotmarken zu verbilligtem Preise abgegeben werden könnte.

Fraglich ist es, ob die englische Regierung auch ein Aufheben der Zuschüsse zum Wohnungsbau verlangen wird. Möchte die deutsche Regierung sich mit der Forderung einverstanden erklären, daß keine Postzuschüsse mehr gegeben werden, so würden sich die Mieten in den neuen Häusern auf das 10- bis 15fache der Friedensmiete stellen, und es wäre dann nicht zu vermeiden, daß über kurz oder lang die Mieten in den alten Häusern dieselbe Höhe erreichen. Das Reich müßte dann allerdings dafür sorgen, daß diese Mietsteigerungen nicht den Hausbesitzern zugutekommen, sondern für die Allgemeinheit erfaßt werden. Aber die Mieter würden durch eine derartige Erhöhung sehr stark belastet.

Möglichst wird die englische Regierung auch fordern, daß jede Bezahlung von Arbeitslosenunterstützung aus Reichsmitteln aufhört. Da wir unsere Arbeitslosen nicht verkümmern lassen können, so müßte dann schließlich eine Arbeitslosenversicherung geschaffen werden, deren Kosten durch die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeiter, oder bloß durch die Unternehmer gedeckt werden. Außerdem werden die Tarife von Bahn und Post zu gehalten werden müssen, daß dort unter keinen Umständen Zuschüsse erforderlich sind. Kurz und gut, die englischen Forderungen haben

Die britischen Arbeiter und die Reparationen

London, 5. Januar. Die englische Arbeiterpartei und der Exekutivrat der Trade Union haben Lloyd George ein Memorandum geschickt, worin sie die Aufgabe des englischen Anteils am Reparationsguthaben sowie die Ermäßigung der Reparationsforderungen um den Betrag, den die Pensionen ausmachen, fordern. Sie fordern die Berufung der Rheinlandsbesetzung, Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz, in der alle hauptstädtlichen Regierungen Europas vertreten sein sollen. Es solle eine internationale Anleihe angesetzt werden für die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete und die Regelung der europäischen Valuten, besonders der europäischen Währung. Das Memorandum fordert, daß soweit wie möglich deutsche Maschinen und Arbeitskräfte herangezogen werden sollen. Es erklärt ferner, daß die Forderung für die Vergütung der Pensionen England einen viel größeren Anteil als Frankreich zuzurechnen ist. Wenn diese Forderung gestrichen würde, könnte Frankreich ein größerer prozentualer Anteil an der Gesamtsumme zugewandt werden.

Die erste Vollziehung der Konferenz in Cannes, die heute unter dem Vorsitz von Briand abgehalten werden soll, wird sich mit der Prüfung der Programme des wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbaues Europas befassen. Die Reparationen werden noch nicht besprochen, da die Arbeiter der Sachverständigen nicht weit genug vorgeschritten sind. Es ist demnach, daß Lloyd George mit seiner Ansicht durchgedrungen ist, die Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas an die Spitze des Programms zu setzen, weil davon die Frage der Reparationen abhängig sei, während Briand in erster Linie die Konferenz auf die Reparationsfrage festlegen wollte. Der Gegensatz in den Auffassungen der beiden Ministerpräsidenten wird von einem Italiener treffend zusammengefaßt. Briands Standpunkt sei: „Was werden wir tun, um Deutschland zum Baden zu bringen“, sei Briands Standpunkt, während Lloyd Georges Meinung in folgender Form wiedergegeben sei: „Was werden wir für Deutschland tun?“

Briand erstrebt vor allem ein Defensivbündnis zwischen England und Frankreich, wodurch er alle Schwierigkeiten zwischen den beiden Ländern zu beseitigen hofft. Man glaubt, daß England als Bedingungen für ein Bündnis stellen wird, daß Frankreich zu Lande teilweise und zur See vollständig abzurüsten und insbesondere die Unterseebootflotte aufgibt. Weiter glaubt man, daß Lloyd George die Zurückziehung der Besatzungstruppen aus dem Rheinland und die Neutralitätsklärung des Rheinlandes verlangen werde.

Einem Pressevertreter sprach sich Briand gegen ein Moratorium Deutschlands aus:

Wenn Belgien mit uns in dieser Frage gegen England zusammensteht, so kommt es zu keinem Moratorium. Der Unterredung wohnt Deutscher bei.

Belgien wird voraussichtlich, falls es auf einen Zeit seiner Vorrangforderungen verzichten soll, als Erloy dafür Naturallieferungen verlangen, wie Lieferungen von Eisenbahnwagen sowie Eisen und Holzhäuser für den belgischen Congo.

In Konferenzkreisen hofft man mit ziemlicher Sicherheit, daß bei einer Einigung zwischen Lloyd George und Briand über die Neuordnung Europas die Vereinigten Staaten ihre Mitbeteiligung nicht verlangen werden. Wie die Times melden, müßte Europa nach Ansicht der amerikanischen Regierung und des amerikanischen Volkes zwei Dinge ohne Zeitverlust tun. Es müßte den Streit über die deutschen Reparationen beenden und seine Landrüstungen auf das Friedensmaß herabsetzen.

Auf die Absicht, aktiv in die europäischen Angelegenheiten einzugreifen, deutet auch ein Antrag des amerikanischen Kongreßmitgliedens Britten hin, in dem Harding aufgefordert wird, auf der Abrüstungskonferenz die sofortige Zurückziehung aller alliierten Truppen aus Deutschland zu beantragen. Britten erklärte, daß dadurch jährlich 125 Millionen Dollar erspart werden könnten und Deutschland in die Lage versetzt würde, diese Summe zu Reparationszahlungen zu verwenden.

Nathenau in französischer Beleuchtung

Paris, 6. Januar. In der Ex-Roubelle fährte der Abgeordnete Herlet über die Verhandlungen Nathenaus in London und Paris, die ihm den Einfluß auf die englischen Finanz- und Regierungskreise gebracht haben. Die Aufgabe Nathenaus werde nicht leicht sein; hinter der englischen Regierung stehe die englische Finanz, hinter der englischen Finanz hält sich Dr. Nathenau bereit. Er ist es, der das Spiel leitet.

Paris. Dr. Nathenau hat erklärt, er werde Freitag abend nach Berlin abreisen.

Was Rußland braucht

London, 5. Januar. Rassin erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter der Times: Jeder Plan für eine wirtschaftliche Wiederherstellung Europas müsse auf eine viel breitere Grundlage gestellt werden, als sie gegenwärtig von den Geschäftsleuten angenommen worden sei. Ein Kapital von 20 Millionen Pfund Sterling sei völlig ungenügend, um den Anforderungen Rußlands zu entsprechen. Die gesamte Kreditfrage vom russischen Standpunkt aus gesehen müsse auf eine internationale Grundlage gebracht werden. Die Anforderungen Rußlands seien zu groß, als daß ihnen durch irgend eine private Gruppe entsprochen werden könne. Das erste und dringendste, was Rußland brauche, sei eine sofortige Hilfe zur Wiederherstellung seiner Landwirtschaft. Rußland müsse an das Wirtschaftsleben der Welt angeschlossen werden.

ital
ke
verlangt
Prospekt
über
das amerik.
glänzend
bewährte
bederlose
nia
ch sen.
37
afe
inden, Ver-
2 Co.
d. Mech.
Künstliche
le, Bruch-
flüge
str. 14
Hofb.
Königlichen
22 265
n. Dragen
Staats-
1. Tel. 20823
Quelle
age-
tinte,
nzel- u.
ausgew.
Anstr.
13 081
achf.
16 257
Hofb.
24518
mpeter-
de 9 -
ngeräte
ische 8
el. 1622
aler, In-
lorerel
dung-
ch-
aw.
str. 9
ertimer
er und
stelle
22 890
tr. 29
n-
ch.
r. 32
aren
12
nar-
icher
-
ikel.
pel
kl
räse
r. 25
peil
ion
26
ke
nt